

Bürgerdialog zwischen repräsentativer Demokratie und Bürgerentscheid

10 Juli 2018 18:30

Ort: ehem. LUST for LIFE Kaufhaus

(Bemerkungen: Nachstehend das offizielle Programm „Aachen Fenster“ von Dienstagabend mit Kommentaren der BI-Dell (Roter Text = **BI-Dell** Analysen des Einladungstextes) und einem Resümee (**Blauer Text**))

Der Förderverein aachen_fenster e.V hat zum 10.7.2018 um 18:30 Uhr ins ehem. LUST for LIFE, Komphausbadstr. 10, 52062 Aachen zu einer Diskussion eingeladen:

- **Herrn Prof. Dr. Christophe Zöpel**, ehem. Bauminister NRW,
- **Herrn Hanns-Jörg Sippel** von der Stiftung Mitarbeit, Bonn, und je einen
- Vertreter der Gestaltungsmehrheit (CDU) sowie der
- Opposition im Aachener Stadtrat (LINKE).

1.

Würde heute die **Campusbahn** angesichts der drohenden Schließung der Innenstadt für Dieselfahrzeuge, der mittlerweile objektiv feststellbaren Überlastung des Bussystems wieder so eindeutig von den Bürgern der Stadt abgelehnt, wenn sie ohne den seinerzeitigen Zeitdruck qualifizierter informiert werden könnten? Das kann man bezweifeln?

Hier werden wohl neue Wege gesucht, die missliebige Campusbahn erneut ins Spiel zu bringen. Der Tenor ist anscheinend, wie muss man in Zukunft besser den Neubau der Campusbahn verkaufen. Es geht wohl nicht darum, ob für die Campusbahn (oder für irgendein anderes Projekt) bezahlbarer sachlich nachweisbarer Bedarf besteht sondern nur darum, wie kann Aachen_Fenster, Politik und Verwaltung ihre Wunschprojekte der Bürgerschaft besser schmackhaft machen bzw. den Bedarf besser suggerieren.

2.

Wie löst der Rat den Konflikt bei objektiver Bedarfslage zwischen den Interessen von Bürgern, die sich gegen weitere **Wohnbau- und Gewerbeflächen** im Freiraum draußen wehren und denen, die eine zu hohe Nachverdichtung zu Lasten von Freiraum drinnen, innerhalb ihrer Wohnblöcke, verhindern wollen?

Hier wird schon suggeriert, dass es eine objektiv nachvollziehbare Bedarfslage gäbe. Genau das ist in unserem Fall aber nicht gegeben. D. h der Trick aus „angeblich nachgewiesenem“ A muss B als wahre Aussage folgen, was aber nicht geht, da A bereits falsch ist (mathematische formale Logik ist suggestiven Begründungen fremd).

Zudem sollen hier sicherlich zwei Bürgergemeinschaften gegeneinander ausgespielt werden.

Es besteht auch nur aus Sicht von Aachen_Fenster, Politik und Verwaltung ein Konflikt. Die Bürgerinitiativen wollen einerseits den Erhalt der Landschaft und andererseits der Freiräume in der Stadt, was auch ihr gutes Recht ist. Aachen_Fenster, Politik und Verwaltung wollen aber den Investoren Nahrung vermitteln und nicht Brachen erschließen, Altlasten bebauen und vor allem nicht wirklich stadtplanerisch tätig werden. Zudem haben sie lange und auch noch jetzt die Augen vor Spekulanten verschlossen, die massenweise Wohn- und Gewerbegrundstücke zurückhalten oder Leerstände bewirken auf die die Politik noch nicht einmal zurückgreifen will (z.B. mehrfache Ablehnung der Wohnraumschutzsatzung); ggf. besitzen einige aus diesem Kreis auch entsprechende Bereiche.

3.

Wer liegt richtig, der Polizeipräsident und die Investoren, die bei der Veranstaltung des Zeitungsverlages 2017 ein neues Bordell am Stadtrand vorschlagen oder die Vertreterin der Staatsanwaltschaft und die Sozialberaterin beim Bistum, die eine Lösung im sog. Laufhaus vor Ort präferieren, so wie es die bisherige Neuplanung des **Büchelquartiers** vorsieht?

Für diesen Punkt können keine objektiven Daten ermittelt werden. Hier geht es nur um Meinungen und in Rathausnähe ggf. auch um gewisser Bedürfnisbefriedigungen. Für den Polizeipräsidenten geht es um die Sicherheitslage und die Beherrschbarkeit eines solchen Bereiches. Für die Stadt ist der Büschel jedoch ein großer Schandfleck auf dem der angeblich so dringend erforderliche Wohnungsbau glänzend umgesetzt werden könnte. Ggf. gibt es hier ja auch eine „BI Puff“, die man hinzuladen könnte.

4.

Drei Beispiele, die das Dilemma kommunaler Willensbildung und Abwägungsprozesse aufzeigen und die Frage aufwerfen: Wer soll am Ende entscheiden? Ist der Bürgerentscheid wirklich ein taugliches Mittel um die Komplexität der Fragestellungen auf ein Ja-nein zu reduzieren?

Die Fragestellung ist schon seltsam. Wenn die Politik entweder sich für einen Puff-Standort am Büchel entscheidet oder für einen Standort außerhalb der Stadt, dann ist das auch eine Ja / Nein Entscheidung. Sollte die Bürgerschaft etwa blöder sein als die Politiker, so dass ihnen eine solche Entscheidung nicht überlassen werden dürfte?

5.

Es gilt den öffentlichen Diskurs beharrlich zu suchen, neue Wege zur Einbindung konstruktiven bürgerschaftlichen Engagements zu finden und die Abwägungsprozesse der letztlich politisch Verantwortlichen transparenter zu machen. Abwägung heißt, dass man es nicht allen recht machen kann und

Kompromisse gesucht werden müssen. Was aber bisher als das Salz der Demokratie angesehen wurde, wird immer weniger respektiert geschweige denn akzeptiert.

Auch hier wieder die eindeutige Unterstellung, dass die Bürgerschaft und ihre Eingaben schon fast außerhalb demokratischer Grundlagen gestellt bzw. fast kriminalisiert werden, um die eigenen Ziele besser und rechtlich sauberer erscheinend durchsetzen zu können. Wenn eine rechtskräftige Flächennutzungsänderung oder ein rechtskräftiger Bebauungsplan zustande kommt, musste die Bürgerschaft die Abwägungen –wenn auch zwangsweise- akzeptieren und handelt demokratisch. Wenn aber ein Planaufsteller (Gemeinde / Stadt) gleichzeitig im Verfahren auch der Abwäger und damit der Planprüfer ist, so ist das eher undemokratisch und im Sinne der Gewaltenteilung bedenklich und nicht der Verfahrenswiderstand der Bürgerschaft.

6.

Uns entgleitet zunehmend der sachliche Austausch des Für-und-Wider insbesondere über die Ent-hemmung in den sozialen Netzwerken. Wir müssen Gesprächsformen mit den Bürgern finden, um die Polemik von Wutbürgern zu entlarven. Dazu bedarf es mutiger Politiker, die den Konflikt nicht scheuen, einer qualifizierten Verwaltung, die mehr als die vorgeschriebenen Beteiligungsformen sucht aber auch zuhörender Bürger.

Das schlägt wohl schon dem Fass den Boden aus und legt die Absichten von Aachen_Fenster tiefgründig offen. Ziel soll es wohl nur sein, mit Kaffee – Bier – und Kuchen die Polemik der Wutbürger zu entlarven.

Wieso nur dieses Ziel. Das Hauptziel müsste es doch sein sachlich und auf Augenhöhe mit der gesamten Bürgerschaft zu reden und nicht nur formal auf der Planungshoheit der Stadt zu bestehen. Die Veranstalter sollten einmal über den Tellerrand nach Dänemark oder in die Niederlande schauen, die Stadtplanungen schon vor den gesetzlichen Verfahren mit der Bürgerschaft diskutieren und abstimmen und nicht hoheitlich-majestätisch bis selbstgefällig Planungen -und dann z.T. noch in nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten- „anordnen“ und dazu die Bürger nur „anhören“ und nicht wirklich beteiligen.

Die paar Wutbürger, die es gibt sind auch bei den meisten Bürgerinitiativen nicht gerade beliebt. Ihre Existenz zeigt aber oft auch eine gewisse Ohnmacht dieser BürgerInnen vor den Entscheidungen von Politik und Verwaltung; ein kleiner Teil dieser Wutbürger ist zugegebenermaßen ggf. auch krank.

7.

Darüber wollen wir unter der Moderation von Robert Esser nach Eingangsstatements von Prof. Dr. Zöpel und Hanns-Jörg Sippel mit Harald Baal von der Gestaltungsmehrheit und Marc Beus für die Oppositionsparteien und natürlich mit den anwesenden Bürgern diskutieren.

Diese Formulierung lässt darauf schließen, dass Aachen_Fenster eine Podiumsdiskussion unter den Beteiligten plant, die einer Show-Veranstaltung gleichkommt. Der Nachsatz: „und natürlich auch mit den anwesenden Bürgern diskutieren“ schließt formvollendet Frauen aus und wirkt, als wäre die Bürgerschaft im Einladungstext aus Versehen vergessen und noch schnell eingefügt worden.

RESÜMEE:

Der von der **BI-Dell** vermutete Tenor des Einladungstextes war zutreffend.

Aber wir waren trotzdem da (zumindest 1,5 Stunden).

Kurzer Abriss aus Sicht der BI-Dell zu den ersten 1,5 Stunden:

Vom Veranstalter (**Herr Collinet**) und dem ersten Redner (**Prof. Dr. Christophe Zöpel**) wurden die vermeintlichen Fachkompetenzen in Rat und Ausschüssen hervorgehoben, an die die Bürgerschaft nur schwerlich mit ihrem angeblich schwarz/weiß Denken heranreichen könne. Der erste Redner stellte die folgende Aussage in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: „die schlimmsten Diktaturen der näheren Vergangenheit seien in Demokratien zustande gekommen“. Ob diese Aussage gegen demokratische Regierungsformen gemünzt war, konnte man vermuten.

Politische Arbeit der gewählten Vertreter in den kommunalen Gremien sei ein steter produktiver Dialog und eine stete Diskussion aller Aspekte einer Fragestellung mit vielen erforderlichen Kompromissen, während die Bürgerschaft nur zu Aussagen mit einem Ja oder Nein z.B. in einem Bürgerentscheid, nicht aber zu Kompromissen befähigt sei.

Der Zielrichtung dieses Vortages lag auf der Verminderung der Beteiligung der Bürgerschaft in allen Formen der Verwaltungsverfahren. Es ist aus Sicht der BI-Dell bedenklich, wenn dieser Redner solche Thesen, die nicht wissenschaftlich gestützt sondern ausschließlich seine persönliche Meinung darstellen, an Hochschulen in Europa seinen Studenten beibringt bzw. einimpft.

Der zweite Redner (**Hanns-Jörg Sippel**) hatte dagegen bezüglich der Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung bei jeglichen Verfahren einen umfangreichen Werkzeugkoffer in seiner Präsentation dabei, von dem sich die Stadt Aachen einiges etwas genauer anschauen sollte und nicht immer das aus unserer Sicht nutzlose Bürgerforum als großen Fortschritt in der Bürgerbeteiligung rundherum zu suggerieren. Das Bürgerforum ist aus unserer Sicht ein Scheinformat, das die viel wirkungsvolleren Fragestunden in den diversen Ausschüssen ersetzen sollte; aber weit gefehlt. Auch geplante Reformen dieses Scheinformates werden wohl kaum eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung bringen.

Im Vergleich zu den Bürgerbeteiligungsmitteln mehrere Städte lag Aachen nach den Ausführungen von Herrn Sippl in der Bewertung an vorletzter Stelle.

Der Moderator (Herr Esser) tanzte ein bisschen hin und her und versuchte die Stimmung durch lockere bis lose Sprüche zu entspannen, was aber nicht unbedingt als gelungen bezeichnet werden konnte.

Nachdem dann die Bürgerschaft Anregungen und Fragen stellen konnte (bzw. „durfte“), verfiel sich die Diskussion an der Ablehnung der Campusbahn vor ein paar Jahren, die bei den Pro-StimmerInnen als Beweis für einen Bürgerentscheid als ungeeignetes Mittel für eine solche Entscheidung verstanden wurde.

Mit Verlaub sei darauf hingewiesen, dass es ein Bürgerbegehren war, das nicht zu einem Bürgerentscheid sondern einem Ratsbürgerentscheid führte, der unter der Regie der Stadt durchgeführt wurde, um einem echten Bürgerentscheid vorzugreifen; d. h. die Politik hat zuletzt die Abstimmung durch eine Ja/Nein-Entscheidung gefordert.

Somit haben gerade die PolitikerInnen das Mittel des Ja/Nein-Entscheids ergriffen und nicht die BürgerInnen deren Recht auf einen Bürgerentscheid in den Diskussionen mehrfach infrage gestellt wurde.

Ein bisschen mehr Sachverständnis auf allen Seiten könnte solche Diskussionen deutlich verkürzen.

Da es sich von da ab nur noch um „alte Kamellen“ handelte verließ die BI-Dell vorzeitig diese Veranstaltung, wobei auch den anschließenden Artikeln in der Presse (AN/AZ) zu entnehmen war, dass keine weiteren wichtigen Punkte zur Optimierung von Bürgerbeteiligungen danach mehr diskutiert wurden.

16.07.2018

P.Ph-L

BI-Dell

Sprecher:

Dr. Christian Locher

Hubert Marx

Peter Philippen-Lindt